

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 21. Jahrgang, Nr. 2, 22. Januar 2004

Antisemitisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteindamm 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 4611 62 49

Einblicke

Überflüssiger Streit

Von Ralf Bachmann

Ein auf den ersten Blick unsinniger Streit ist beigelegt. Der Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses (WJC), Israel Singer, und EU-Kommissionspräsident Romano Prodi haben im Ergebnis eines „freundlichen und fruchtbaren Treffens“ nach den öffentlichen Antisemitismus-Vorwürfen führender jüdischer Funktionäre gegen die EU-Kommission Vertrauenserklärungen abgegeben und sehen die Voraussetzungen für gute Zusammenarbeit völlig wiederhergestellt. Tage zuvor hatte Prodi die Vorbereitungen zu einer Antisemitismuskonferenz gestoppt, weil WJC-Präsident Bronfman und sein europäischer Partner Benatoff in „Taten und Unterlassungen“ eine Mitschuld der Kommission am Antisemitismus sahen. Hintergrund der Auseinandersetzung war die Veröffentlichung einer Umfrage, wonach 59 Prozent der EU-Bürger Israel als größte Gefahr für den Weltfrieden betrachten.

Natürlich sind Prodi und seine Kommission keine Antisemiten, natürlich war er durch die Umfrage nicht weniger alarmiert als Bronfman. Dessen publizistischer Schuss traf ins Leere und hinterließ trotzdem Scherben. Aber der Streit hat auch einen Nutzen. Das Antisemitismusseminar wird nun nicht mehr als Routineveranstaltung wahrgenommen. Die erschreckenden Zahlen der Umfrage dringen stärker ins Bewusstsein aller ein. Reicht die geistige Auseinandersetzung mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aus? Haben Neonazis die Lufthoheit über den Stammtischen? Oder wird der Frust über Scharons Politik zum Frust über „die Juden“ umfunktioniert? Singer betonte, dass Kritik an der israelischen Regierung nicht mit Antisemitismus gleichgesetzt werde. Solche Kritik übten auch Juden und ihre Organisationen. Gefährlich werde es, wenn im Zusammenhang damit Israels Existenzrecht in Frage gestellt, Gewalt angewandt und Drohungen ausgesprochen werden. „In einer Situation des in der Gewaltbereitschaft stetig steigenden Antisemitismus ist die Kooperation wichtiger als die Konfrontation“, fügte Zentralratspräsident Paul Spiegel hinzu.

rechts

Morgenluft für Rechte

Neonazis sprengen mit Unterstützung eines führenden Theoretikers eine Podiumsdiskussion in Buxtehude. **Seite 2 ■**

Volksverhetzende Texte

Die Neonaziband „Oidoxie“ sowie die mit ihr verbandelte obskure Gruppe „Weisse Wölfe“ sind ins Visier der Justiz geraten. **Seite 3 ■**

„Mit Sicherheit Schill“

Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen tritt der Polit-Hasardeur mit seinem alten Slogan gegen seine frühere Partei an. **Seite 5 ■**

Beunruhigende Daten

Der Band 2 der Reihe „Deutsche Zustände“ stellt eine steigende Tendenz für fremdenfeindliche und antisemitische Haltungen in der deutschen Bevölkerung fest. **Seite 6 ■**

Gefahr für die Zukunft

In Polen bestehen nach wie vor starke Vorbehalte gegen ein Berliner „Zentrum gegen Vertreibung“. **Seite 7 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöffler
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Gesicht gezeigt**

Rechtsextremisten sprengen eine Schüler-Veranstaltung. Mit von der Partie ist der „nationalrevolutionäre Theoretiker“ Reinhold Oberlercher.

1992 ermordeten organisierte Neonazis in Buxtehude einen älteren Mann, weil er Hitler einen Verbrecher genannt hatte. Viel später, nachdem der Verfassungsschutz in der Kleinstadt bei Hamburg ein Zentrum der Aktivitäten der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Niedersachsen lokalisiert hatte, gründete sich eine „Initiative gegen rechte Gewalt und Intoleranz“, die eine aufwändige Lichterkette veranstaltete und danach wieder verschwand. Zuletzt witterten die Neonazis in und um Buxtehude Morgenluft, als der Stadtrat einen Gedenkstein errichten ließ, auf dem Kriegsverbrecher zu Helden erklärt wurden (BnR 20/03). Von ganz oben und von allen Parteien sanktioniert schien das eigene Weltbild, in dem der Führernachwuchs seit Jahren in der „Alten Mühle“ in der Ortsmitte von Bargstedt geschult wird. Die so genannte „NPD-Scheune“ gehört dem Landesvize der niedersächsischen NPD Adolf Dammann (BnR 17/01, 21/03). Als Forum nutzt der 63-Jährige, dessen Tochter Funktionärin der JN ist, die Lokalzeitung; gerade erst wurde ein antisemitischer Leserbrief von ihm veröffentlicht. Obwohl er als Redner bei Aufmärschen in anderen Landesteilen auftritt, hielt er sich in seiner Heimatstadt bisher persönlich zurück. Offenbar glaubte Dammann die Stunde gekommen, Gesicht zu zeigen.

Gelegenheit bot ihm die Leitung des Buxtehuder Gymnasiums. Nach monatelangem Ringen war es einer Gruppe Schülerinnen gelungen, die ebenso umstrittene wie hoch gelobte Ausstellung der VVN-BdA über „Neofaschismus in der Bundesrepublik“ in ihrer Schule zeigen zu können. Das Begleitprogramm durfte nicht in der Schule stattfinden, sondern musste auf einen kleinen Raum in der Volkshochschule (VHS) ausweichen. Etwa 20 Neonazis wurden gezählt, die am Montag, 13. Januar, zu der Podiumsdiskussion über „Neofaschismus /Rechtsextremismus – eine Gefahr für die Gesellschaft?“ anmarschierten und im Publikum dominierten. Der Staatsschutz hatte eine konkrete Vorwarnung erhalten und diese an die VHS, nicht jedoch an die veranstaltenden Schülerinnen weiter gegeben.

Für die jungen Frauen war es daher überraschend, als nach und nach immer mehr Skinheads den Raum betraten. Dammann hatte sich außerdem Unterstützung aus Hamburg mitgebracht: Reinhold Oberlercher, Jahrgang 1943, ehemals führender Aktivist des SDS, der gemeinsam mit Horst Mahler das „Deutsche Kolleg“ als Schulungszentrum für völkisches Gedankengut abhält. Ab dem 6. Februar muss sich der als öffentlichkeitsscheu geltende, sich als „nationaler Linker“ und „nationalrevolutionärer Theoretiker“ bezeichnende Oberlercher gemeinsam mit Mahler und dem dritten Kopf des „Kollegs“ Uwe Meenen vor den von ihnen so genannten „Hilfswilligen der Fremdherrschaft“, den Richtern einer Strafkammer des Berliner Landgerichts, wegen Volksverhetzung verantworten.

Oberlercher reklamierte sein Recht, mitdiskutieren zu dürfen. „Sie können sich gerne mit uns prügeln“, erwiderte er auf den Versuch der Veranstalterinnen, die ungebetenen Gäste aus dem Publikum zu entfernen. Ein Beamter des Staatsschutzes sprang lautstark Oberlercher und Dammann bei und forderte die Schülerinnen auf, doch mit den geschulten Kadern zu reden. Notgedrungen löste der VHS-Leiter die Veranstaltung auf.

Triumphierend zogen Oberlercher und Gefolge ab. „Ich bin kein Faschist, ich bin Nationalsozialist“, tönte ein junger Neonazi zum Abschied vor den Ohren der Staatsschützer. Rasch wurde noch ein Flugblatt der JN verteilt, das sich geifernd über die „Menschenjagd“ und die „Hetzkampagne gegen die Nationale Opposition“ beklagt, die von mehreren namentlich benannten Personen aus Buxtehude und Umgebung betrieben werde. Den vermeintlichen Sieg verkündete das „Aktionsbüro Norddeutschland“ prompt auf seiner Internet-Site: „Antifa-Podiumsdiskussion in der VHS durch nationale Besucher gewaltfrei aufgelöst“. Für die am nächsten Abend am gleichen Ort geplante Veranstaltung kündigten die Rechten ihre Rückkehr an. Durch den Berichterstatter der Lokalzeitung erfuhren Schulleiter und Politiker der Stadt von dem Vorfall und gaben ihre Empörung zu Protokoll. Am Abend ließ sich keiner von ihnen blicken. Die „Initiative gegen rechte Gewalt und Intoleranz“ unter Schirmherrschaft des Bürgermeisters hielt sich bedeckt. Allerdings waren 60 Schüler des Gymnasiums und einige Lehrer vor Ort. Zehn Neonazis traten den Rückzug an. Den VHS-Leiter verließ trotzdem der Mut, und das Referat über die rechten Strukturen in der Region wurde nicht gehalten.

Uwe Ruprecht

Aktivitäten**Die Justiz im Nacken**

Mitgliedern der Neonazibands „Oidoxie“ und „Weisse Wölfe“ droht Prozess wegen Verdachts auf Volksverhetzung.

Es war noch einmal ein Auftritt ganz nach ihrem Geschmack, als die Musiker der Dortmunder Neonazi-Band „Oidoxie“ im vorigen Herbst bei einer der Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung in ihrer Heimatstadt auf die zur Bühne umfunktionierte Ladefläche eines Lastwagens kletterten. 700 Neonazis jubelten ihnen zu, als sie einige ihrer Stücke zum Besten gaben. Seitdem war es – abgesehen von ihrer virtuellen Existenz auf einer weiter ausgebauten Homepage – etwas ruhiger geworden um die Gruppe, die mit ihren Auftritten bei dessen Demonstrationen quasi zur Hausband von Christian Worch geworden ist.

Den Hamburger Neonazi-Anführer hatten die „Oidoxie“-Musiker einst zu Tränen gerührt, als er sie „Helden für Deutschland“ spielen hörte. Hemmungslos habe er schluchzen müssen, gestand Worch ein. Für ihn waren sie fortan die „neuen Helden für Deutschland: Das ist die neue Generation von Kämpfern. Das sind die echten und authentischen Erben der Männer, die fünfeinhalb, fast sechs Jahre im Krieg an den Fronten waren“, bescheinigte er ihnen. Doch mit der soldatischen Disziplin der „Oidoxie“-Crew ist es nicht so weit her, wie sich Worch das vielleicht wünschen würde: In den letzten Monaten wurde lediglich ein Konzert der Gruppe – am 8. November in den Niederlanden – bekannt. Und auf der eigenen Homepage muss „Oidoxie“ auf Gerüchte um eine Auflösung der Band eingehen: „Tatsächlich gab es einigen Stress.“ Inzwischen sei aber alles wieder „soweit geregelt“.

Zur aktuellen Besetzung der Band gehören nach Recherchen des „blick nach rechts“ neben den beiden Gründungsmitgliedern, dem Sänger Marko Gottschalk aus Dortmund-Brechten und dem Bassisten Dennis Linsenbarth aus Werne, die später zu „Oidoxie“ gestoßenen Gitarristen Carsten T. aus Bad Berleburg und Phillip P. aus Münster sowie der Mönchengladbacher Schlagzeuger Dennis Heinrich J., der auch schon für die Gruppe „Reichswehr“ die Trommel rührte. Sie alle sind zuletzt erheblich unter Druck geraten. Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln gegen „Oidoxie“ und die mit

ihr verbandelte Gruppe „Weisse Wölfe“ aus dem Sauerland. Beide stehen im Verdacht, „CDs und Videos, unter anderem mit volksverhetzendem und nationalsozialistischem Inhalt, hergestellt und verbreitet zu haben“. Lokale und überregionale Medien haben „Oidoxie“ daraufhin in den Blick genommen – was zuweilen unfreiwillig komische Situationen hervorbringt. So, als Sänger Marko Gottschalk Anfang Oktober im Treppenhaus vor seiner Wohnung maskiert einem Fernsichteam entgegenzutreten wollte, bis ihn seine Lebensgefährtin energisch mit den Worten „Marko, komm rein!“ zurückbeordnete. Seinem Ansehen im Kameradenkreis dürfte dieser Auftritt nicht förderlich gewesen sein.

Der „Oidoxie“-Sänger – und zumindest zeitweilige – „Weisse-Wölfe“-Schlagzeuger Gottschalk hat aber zurzeit anderes zu tun. Auf einem Konto, das bei der Volksbank Dortmund auf seinen Namen lautet, werden Spenden für die „kommende Gerichtsverhandlung“ gesammelt. Ob und wann die Band sich einem Prozess stellen muss, steht noch nicht fest. Noch laufen die Ermittlungen. Unterdessen wurde bekannt, dass „Weisse-Wölfe“-Sänger Stjepan Jus kürzlich eine fünfmonatige Haftstrafe wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen antreten musste.

Nach der ersten Serie von Hausdurchsuchungen, die sich im Mai 2003 gegen die Mitglieder der beiden Bands richtete, waren am 16. Dezember ein Tonstudio und ein CD-Presswerk an der Reihe. Durchsucht wurde das Tonstudio von „Art of Sound Records“ im 20 Kilometer südlich von Bremen gelegene Dörfchen Schwarme. Bei „Art of Sounds“-Betreiber Johannes Meyer sollen auch andere deutsche Rechtsrock-Bands in der Vergangenheit ihre CDs eingespielt haben.

Ins Visier der Ermittler war auch eines der größten CD-Presswerke Europas in Hannover-Langenhagen geraten. Der Identifikationscode auf einer der „Oidoxie“-CDs hatte die Ermittler auf die Spur gebracht, die sich am Ende aber als fingiert erwies. „Die Kennzeichnung war gefälscht“, betont man bei Universal Manufacturing & Logistics. Mit solchen Fälschungen hat man in Langenhagen, wo täglich bis zu 800 000 CDs und DVDs das Werk verlassen, schon Erfahrungen. Vor allem, wenn es um Raubkopierer geht, die mit illegalen, meist in Osteuropa erfolgten Nachpressungen von Titeln erfolgreicher Musikgruppen den schnellen Euro machen wollen. Neu ist aber, dass auch Neonazibands eine solche falsche Spur legen.

Tomas Sager

Aktivitäten**NS-Ideologie**

Die „Kameradschaft Hamm“ erlangt in der Szene wachsende Bedeutung.

Etwa 90 Neonazis sind am 17. Januar unter dem Motto „Solidarität mit Palästina“ durch die nordrhein-westfälische Stadt Hamm marschiert. Aufgerufen hatte die „Kameradschaft Hamm“. Sie bekennt sich offen zur nationalsozialistischen Ideologie und greift dabei bewusst in der Gesellschaft diskutierte Themen auf. In ihrer Propaganda gegen die Arbeitslosigkeit hetzt sie gegen Nichtdeutsche. Bei der Pro-Palästina-Demonstration verbreitete sie offen antisemitische Thesen.

Schon in der Vergangenheit organisierten Neonazis Pro-Palästina-Demonstrationen unter anderem in Berlin und Jena. Bereits am 14.6.2003 hatte die „Kameradschaft Hamm“ unter dem Motto „Gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau“ 200 Teilnehmer mobilisiert. Wie im Juni gehörten auch am 17. Januar der bekannte Hamburger Neonazikader Christian Worch, Axel Reitz sowie Hartmut Wostupatsch zu den Rednern. Für Beobachter der rechten Szene drückt sich darin die wachsende Bedeutung der „Kameradschaft“ aus. Sogar von einer der aktivsten Neonaziszenen in Nordrhein-Westfalen wurde gesprochen.

Weil sich 30 aus dem Ruhrgebiet kommende Neonazis über eine Stunde verspäteten, verzögerte sich der Beginn der Demonstration. Es kam auf der Route zu verbalen Auseinandersetzungen und auch zu Rangeleien mit protestierenden Antifaschisten. Zu Auseinandersetzungen war es schon am Vortag der Demonstration gekommen. Einige Hammer Neonazis versuchten, eine Informationsveranstaltung von politischen Gegnern zu stören. Dabei wurde ein Aktivist verletzt und musste im Krankenhaus ambulant behandelt werden. Deshalb marschiert die „Kameradschaft Hamm“ am 21. Januar erneut auf, diesmal gegen linke Gewalt und für das Verbot der Antifa. Wie er sich den Umgang mit Andersdenkenden vorstellt, erläutert ein „Kamerad aus Dortmund“ auf der Homepage der „Kameradschaft“. „So müssen alle Beteiligten an linker – faschistischer und antideutscher Gewalt nach nationalsozialistischen Richtlinien bestraft werden. Wie diese ausfallen, bleibt hier vorerst verschwiegen, aber wir kommen darauf zurück.“ *Peter Nowak*

Aktivitäten**Keine rechte Einheit**

NPD rüstet sich für die Wahlen in 2004.

In einem „Appell an Mitglieder und Freunde der NPD“ ruft die Partei dazu auf, für die im Jahr 2004 anstehenden Wahlen zusammenzurücken. Hierbei wird die Absicht mitgeteilt, nicht nur an den Europawahlen am 13. Juni, sondern auch an den Landtagswahlen in Thüringen (13. Juni), im Saarland (4. September) und in Sachsen und Brandenburg (19. September) teilzunehmen. Weiter heißt es: „Alle diese Wahlen sind nicht nur für die NPD, sondern für Deutschland insgesamt von entscheidender Bedeutung. Von deren Ausgang hängt auch die politische Zukunft unseres Landes ab. Eine aus diesen Wahlen hervorgegangene starke nationale Opposition erschwert den Regierenden ihre verhängnisvolle Politik.“

Dass neuerdings der von der NPD eher vernachlässigte „Kampf um die Parlamente“ wieder aufgenommen werden soll, zeigt auch der vom NPD-Parteivorstand initiierte „Leipziger Appell“, in dem unter der Überschrift „Gemeinsame Heimat – gemeinsame Verantwortung – gemeinsames Handeln“ dazu aufgefordert wird, eine „Deutsche Liste für Europa“ aufzustellen. In dem Appell wird unter anderem festgestellt: „Die letzten 50 Jahre BRD-Herrschaft durch die Etablierten belegen anschaulich, dass diese beständig eine Politik gegen den Mehrheitswillen des eigenen Volkes betreiben“. Als Beispiele werden Kampfeinsätze der Bundeswehr, die Euroeinführung und die Asylpolitik genannt. Deshalb beschloss der NPD-Bundesvorstand „auf seiner Sitzung am 24. August in der Heldenstadt Leipzig (...) die Kräfte der konkurrierenden nationalen Parteien zum Wohle Deutschlands zu bündeln“. Den Parteien DVU, Republikaner und Deutsche Partei seien Vorschläge unterbreitet worden, gemeinsam mit der NPD eine paritätisch besetzte „nationale Wahlplattform“, die „Deutsche Liste für Europa“ (DLFE) zu gründen. In der Erklärung vom 30. Dezember 2003 muss die NPD aber zugeben, dass sich „leider (...) unter unseren Konkurrenten noch nicht die Bereitschaft gezeigt (hat), mit einer gemeinsamen Liste endlich wirkliche Verantwortung für Deutschland übernehmen zu wollen“. So steht die NPD in ihrem „Kampf um die Parlamente“ wieder einmal mehr allein da.

Thomas Grumke

Grauzone

Zwei Schill-Ableger

Zur Hamburger Bürgerschaftswahl treten PRO und Pro-DM gegeneinander an.

Der Countdown zur vorgezogenen Bürgerschaftswahl am 29. Februar läuft. Nach der Auflösung des Landesparlaments Ende Dezember und dem damit verbundenen Aus für das Mitte-Rechts-Bündnis aus CDU, FDP und Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) kommt dem Abschneiden der rechten Parteien womöglich erneut eine wahlentscheidende Bedeutung zu.

Am rechtskonservativen und -extremen Rand des politischen Spektrums in der Hansestadt sind – nimmt man das Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2001 als Maßstab – über 20 Prozent der Stimmen abzuschöpfen. Den größten Teil des Kuchens schnitt sich vor zwei Jahren der kometenhaft aufgestiegene Ronald Schill ab, der mit seiner PRO aus dem Stand 19,4 Prozent verbuchte. Das Rekordergebnis reichte, um zusammen mit Christ- und Freidemokraten die 44 Jahre regierende und zuletzt mit den Grünen koalierende SPD aus dem Senat zu kippen. Der charismatische Politik-Harsardeur Schill hatte eine Sogwirkung am rechten Rand ausgelöst und die Stimmen der Unzufriedenen absorbiert, vor allem in Problem-Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil wie Wilhelmsburg. Die DVU erreichte seinerzeit 0,7 Prozent, Bolko Hoffmanns Pro DM-Partei 0,2 Prozent und Republikaner 0,1 Prozent.

Nach dem Ausschluss von Schill aus Fraktion und Partei werden die Karten neu gemischt. Der im August auch als Innensenator geschasste Jurist hat mit dem Düsseldorfer Multi-Millionär und Anti-Euro-Aktivist Bolko Hoffmann sogar ein Trumpf-As aus dem Ärmel gezogen – zumindest in finanzieller Hinsicht. Der Herausgeber des Börsenblatts „Effecten-Spiegel“, mit dem Schill vor zwei Jahren wegen des Parteinamens und einer persönlichen Angelegenheit (üble Nachrede) vor Gericht im Clinch lag, hat seinem einstigen Kontrahenten eine erkleckliche Summe für den Wahlkampf versprochen. Die Rede ist von 500 000 Euro. Das neue populistische Traumduo wird in der Hansestadt unter dem Namen Pro DM/Schill um Stimmenfang werben. „Mit Sicherheit Schill“ soll es wieder auf den 10 000 Plakaten heißen.

Derweil wurden über den Geldgeber und Parteichef unappetitliche Details bekannt. Nach Information der Vereinigung Kritische Aktionäre hält Hoffmann 6,3 Prozent der Aktien der ehemaligen IG Farben, deren nach dem Zweiten Weltkrieg verbliebenes Vermögen unter anderem aus der Arbeit von Zwangsarbeitern resultiert. Überlebende fordern zurzeit mit einer Klage die Herausgabe des Geldes der ehemaligen IG Farben-Tochter Interhandel. „Das Vermögen gehört moralisch den überlebenden Zwangsarbeitern, denn sie sind die wichtigsten Gläubiger des Konzerns“, betonte Kurt Goldstein, Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees. Goldstein ist einer der letzten Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald.

Mit derart heiklen Geschichten braucht sich die einst von Schill gegründete PRO nicht auseinanderzusetzen. Die Rechtsstaatliche Offensive hat ein anderes Problem: Ihr laufen die Mitglieder weg, darunter Prominente wie der Millionär und persönliche Schill-Freund Ulrich Marseille. Dazu kommt das Abgrenzungsproblem. Blickt der Wähler durch, wenn zweimal der Name Schill auf dem Wahlzettel lockt? Bisher stand die PRO als „Schill-Partei“ auf dem Bogen. „Wo Schill drauf steht, ist Hoffmann drin“, lästerte PRO-Sprecher Florian Gottschalk, spürbar um Abgrenzung bemüht. Jetzt überlegt die PRO, sich in Offensive umzutaufen, nachdem das Kürzel „Paro“ verworfen wurde. Pro, mal groß, mal klein geschrieben, Offensive, Paro oder das doppelte „Schillchen“ („Morgenpost“) – da verliert mancher die Übersicht. Der Parteienrechtler Professor Martin Morlock (Düsseldorf) hat bereits vor der Gefahr einer laut Parteiengesetz unzulässigen Namensverwechslung gewarnt. Bis 30. Januar muss der Landeswahlleiter entscheiden.

Wenn beide Schill-Ableger die formalen Hürden nehmen, heißt das noch lange nicht, dass sie auch die Fünf-Prozent-Hürde überspringen werden. Aktuelle Umfragewerten zufolge darf die Kombination Hoffmann/Schill zurzeit mit vier Prozent rechnen. Die von Bausenator Mario Mettbach dominierte PRO ist auf zwei Prozent zurückgefallen. Für den Fall, dass Schill, das Original, die anvisierten sechs bis zehn Prozent doch erreicht, ist eine Koalition mit der CDU zumindest unter der Führung von Ole von Beust ausgeschlossen. Und weil auch die Liberalen kaum Chancen haben, erneut in das Parlament einzuziehen, droht den Christdemokraten, die nach Einschätzung der Demoskopen kräftig zulegen werden, der nötige Koalitionspartner abhanden zu kommen.

Volker Stahl

Hintergrund**Feindselige Zustände**

Einer neuen Studie zufolge ist das rechts-populistische Potenzial angestiegen.

Die Umfragedaten, die das Team um den Bielefelder Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer Ende 2002 als erste Folge der Reihe „Deutsche Zustände“ vorgelegt hatte, stimmten nachdenklich. Für die zweite Staffel der Befragung zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF-Survey 2003) gilt das um so mehr. Das rechtspopulistische Potenzial, das die Forscher aus den Zustimmungswerten zu fünf geeigneten Aussagen generieren, ist auf über 25 Prozent gestiegen (2002: 19,6 Prozent). 59,1 Prozent stimmen zumindest teilweise der Aussage zu, es lebten zu viele Ausländer in Deutschland (2002: 55,4 Prozent), und der These, Juden versuchten den Holocaust zu nutzen, um „die Deutschen dafür zahlen zu lassen“, schließen sich inzwischen 54,5 Prozent an (2002: 51,8 Prozent). Die GMF verstehen die Autoren als ein Syndrom, das aus sieben Einstellungsmustern besteht – darunter Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Sexismus. Für zwei Elemente fanden die Forscher gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang vor, in vier Fällen eine steigende Tendenz. Letzteres gilt für fremdenfeindliche und antisemitische Haltungen.

Die Studie basiert auf einer repräsentativen Stichprobe von 3000 Personen. Empirisch und theoretisch ist sie somit alles andere als „unseriös“, wie der FU-Soziologe und Autor einer Studie über rechtsextreme Einstellungen Klaus Schroeder kürzlich andere Untersuchungen qualifiziert hat – ausdrücklich wandte er sich gegen Heitmeyers GMF-Survey. Tatsächlich setzen die „Deutschen Zustände“ einen Kontrapunkt zu den konjunkturellen Wellen, denen die öffentliche Aufmerksamkeit für rechtsextremes Denken und Handeln unterworfen ist, und lassen sich als kontinuierliche zivilgesellschaftliche Demokratieschutzberichte verstehen.

Zehn Analysen werten im ersten Teil des Bandes Befragungsdaten aus. Wilhelm Heitmeyer und Jürgen Mansel stellen eine „Demokratieentleerung“ fest, die von vielen empfunden werde und „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ begünstige. Aribert Heyder geht dem Einfluss der Bildung nach. Demnach nehmen die Zustimmungswerte zu den Syndromelementen mit höherer Bildung ab.

Auf den ersten Blick bestätigt sich, was aus Untersuchungen über fremdenfeindliche Gewalttäter bekannt ist (zuletzt aus der Studie von Helmut Willems und Sandra Steigleder für das Landeskriminalamt NRW vom Oktober 2003); demnach sind Personen mit niedriger oder mittlerer formaler Bildung deutlich überrepräsentiert. Heyder stellt fest, dass eine starke Orientierung an konformistischen Werten und Leistungsbewusstsein die Ablehnung anderer steigern könne. Wertorientierung ist, anders als oft behauptet, kein Allheilmittel: Auf die Werte kommt es an. Diesen Schluss ziehen Julia Iser und Peter Schmidt. Während traditionsbewusste Befragte eher zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ neigen, wirken universalistische Werte dieser entgegen. Die Fragen, die sich auf universalistische Werte beziehen, sind leider unglücklich gestellt. Über die Akzeptanz des anti-universalistischen und insbesondere in der Neuen Rechten verbreiteten Theorems des „Ethnopluralismus“ sagen die Ergebnisse wenig aus.

Einen nachweisbaren Einfluss auf feindselige Haltungen hat das Meinungsklima. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass ein fremdenfeindliches und gewaltbilligendes Klima die Gewaltbereitschaft gegen Fremde fördert (S. 142). Je eher Gewalt in der Umgebung gebilligt wird, desto eher verbinden fremdenfeindlich eingestellte Personen diese Haltung mit Gewaltbereitschaft. Die Autoren schließen daraus, dass „Aktivitäten, die auf die Veränderung des öffentlichen Klimas in den Gemeinden und Städten abzielen, eine besondere Bedeutung zukommt“ (S. 156). Bemerkenswert sind die Haltungen der Deutschen zum Islam, denen zwei Beiträge des Bandes nachgehen: Jürgen Leibold und Steffen Kühnel anhand der Survey-Daten und Eberhard Seidel aus journalistischer Sicht. Beide kommen zu dem Ergebnis, dass von einer generellen Islamphobie nicht die Rede sein könne. Seidel legt nahe, die Deutschen seien „weniger islamfeindlich als der Rest Europas“ (S. 266 f.). Er warnt vor der Behauptung, es gebe ein „Feindbild‘ Islam“ in Deutschland; dies sei ein „ideologisches Konstrukt, das in erster Linie den Interessen islamistischer Verbände zuarbeitet“. Seidel mahnt einen Dialog an, der das eindeutige Bekenntnis zu demokratischen Standards von Vertretern des politischen Islam einfordert. Sein Aufsatz ist einer von 17 Essays, Interviewbeiträgen und Fallberichten im zweiten Teil der „Deutschen Zustände“.

Thomas Pfeiffer

Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände.

Folge 2, Frankfurt a.M. 2003, (Suhrkamp), 322 Seiten, 10 Euro.

Seitenblick

Unselige Debatte**Ein Vertriebenenendenkmal in Berlin dient nicht dem Frieden.**

Aus der aktuellen Debatte ist das Thema zwar verschwunden, gelöst ist es aber beileibe nicht. Vordergründig mögen die Hardliner um Erika Steinbach an Boden gewonnen haben, langfristig sind den Befürwortern des „Zentrums gegen Vertreibung“ mit dem Standort Berlin Kompromissbereitschaft und Weitsicht zu wünschen. Ob Deutschland eine solche Gedenkstätte braucht, steht dahin. Dass Gefühle und Gedanken der Staaten, die unter der NS-Herrschaft gelitten haben berücksichtigt werden müssen, sollte hingegen unumstritten sein.

Steinbach hatte Ende vergangenen Jahres in Berlin erklärt, in Polen sei eine Debatte losgebrochen, die „nur in einigen Punkten rational nachvollziehbar“ sei. Es bleibe abzuwarten, „ob nach den hitzigen und aggressiven Debattenbeiträgen wieder Besonnenheit“ einkehre. „Berlin ist der richtige Standort“, fuhr sie kompromisslos fort. Mit Anspielung auf die Karikatur in einer polnischen Zeitung, die sie als SS-Domina dargestellt hatte, und der Warnung polnischer Historiker vor einem deutschen Alleingang bei der Vertreibungsgeschichte sagte die CDU-Politikerin: „Wenn sich einer so dramatisch Argumenten verschließt, wäre es verkehrt, sich auf einen Dialog in einer solchen Tonlage einzulassen.“ Offenbar fehle es an Glauben in ihr Ziel, in eine Berliner Gedenkstätte „auch“ die Vertreibung anderer Völker einzubeziehen. Hier liegt in der Tat einer der Gründe, warum es im In- wie im Ausland so massiven Widerstand vor allem gegen den Standort Berlin gibt. Das Wort „auch“ in Steinbachs Formulierung begründet Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit zusätzlich. „Gleichrangig“ wäre eindeutig gewesen.

Dabei waren die ersten Opfer der Vertreibung während der NS-Herrschaft Millionen Polen, die nach der Besetzung ihres Landes Deutschen Platz machen mussten. Die zweite Vertreibung von Polen erzwang die UdSSR. Sie beraubte erneut ungezählte Polen ihrer ostpolnischen Heimat, jagte sie nach Westen in die ehemaligen deutschen Ostgebiete, aus denen unmittelbar zuvor Millionen Deutsche Hals über Kopf vertrieben worden waren. All diese Opfer gehen auf das deutsche Konto. Denn

ohne Hitlers vom Zaun gebrochenen Zweiten Weltkrieg hätten sie alle ihre Heimat behalten.

Dass als Reaktion auf Steinbachs kompromisslose Art sich nun auch in Polen Unbelehrbare zu Wort melden, sollte niemanden überraschen. Eine kleine Gruppe katholisch-konservativer Abgeordneter hat kurz vor Jahreswechsel im außenpolitischen Ausschuss des polnischen Parlaments, dem Sejm, einen Resolutionsentwurf eingebracht, der die Regierung in Warschau auffordert, „Reparationen von Deutschland für die von Polen erlittenen Kriegsschäden“ einzutreiben. Der Antrag hat selbstverständlich keine Aussicht auf Erfolg. Zum einen hat Warschau 1952 offiziell auf Entschädigungsansprüche verzichtet. Zum anderen sind solche „Ausgleichszahlungen“ unter Staaten in der Europäischen Union ausgeschlossen und unangemessen.

In diesem Zusammenhang sollte in Erinnerung gerufen werden, dass die deutschen Besatzer in Polen neben drei Millionen polnischer Juden auch drei Millionen Zivilisten ermordet haben. Das ist im geschichtsbewussten Polen nicht vergessen. Nun da Steinbach und ihre Gefolgsleute im Trend der Zeit von Deutschen vorwiegend als Opfer reden, darf man sich nicht darüber wundern, dass unsere Nachbarn im Osten nicht mehr alles widerspruchslos hinnehmen. Schon sind Vertriebene dabei, Informationen über deutsche Eigentumsforderungen an Polen und andere Staaten zu sammeln. Es wird darüber nachgedacht, nach dem Vorbild der NS-Zwangsarbeiter in den USA große Sammelklagen einzubringen. Deshalb wächst im Westen Polens die Furcht, erneut vertrieben zu werden. Das ist zwar unrealistisch, aber Gefühle haben mit Sinn für Realität oft wenig gemeinsam.

Erika Steinbach hat 1999 im rechtskonservativen „Deutschland-Journal“ eine neue Art zeitgeschichtlicher Perspektive entwickelt. Danach sind Zivilisten und Soldaten in allen von den Nazis beherrschten Staaten Opfer, also auch die Deutschen selbst, weil die „Würde aller Deutschen schwer beschädigt“ worden sei. Täter, so Steinbach, seien immer nur Regierungen, während Menschen zumeist zu Opfern würden. Solche Thesen werden hierzulande, vor allem aber im Ausland auf Protest stoßen – zu Recht. Polen hat gegenwärtig in der EU eine schwache Position. Sollte Steinbach die Position missbrauchen, um den Druck auf Polen im Zusammenhang mit dem Zentrum gegen Vertreibung zu verstärken, wächst die Gefahr für die Zukunft der erweiterten Gemeinschaft. *Heiner Lichtenstein*

Ausland**Holocaust-Leugnung**

Horst Mahler will im April auf einer internationalen Revisionistenkonferenz in Sacramento/Kalifornien auftreten.

Das Adelaide Institute und der European American Culture Council (EACC) laden gemeinsam zu einer international besetzten Revisionistenkonferenz in die kalifornische Hauptstadt Sacramento ein. Die Teilnahme für zwei Konferenztage (24. und 25. April) kostet 35 Dollar pro Person.

Dafür kann sich die Liste der Referenten wirklich sehen lassen. Neben dem in Deutschland mit dem Gesetz in Konflikt geratenen Deutsch-Australier Fredrick Toben und dem Chef des einschlägigen Institute for Historical Review (IHR), Mark Weber, ist der omnipräsente Horst Mahler als Stargast und Redner angekündigt.

Auf der Webseite des Adelaide Institutes wird das ehemalige NPD-Mitglied Horst Mahler als einer der letzten Deutschen bezeichnet, die nicht „durch das von den USA verordnete Umerziehungsprogramm gebrochen wurden“. Er sei mutig und „fürchte nicht den Tod“. Als Beweis für Mahlers hohe Moral wird eine E-Mail abgedruckt, in der der Anwalt schreibt: „Und die Wahrheit ist: das Deutsche Reich existiert. Es wird von unseren Feinden unterdrückt. Der Holohoax ist Kriegsführung gegen das Reich und die Deutschen an sich. Wir müssen also kämpfen um zu überleben. In diesem Krieg steht jeder Jude an der Frontlinie des Feindes, um die Auschwitzlüge aufrecht zu erhalten.“ (Übersetzung d. Autors).

Als weitere Redner sollen auf der Konferenz der Holocaust-Leugner auftreten: Paul Fromm aus Kanada, Bradley R. Smith aus den USA, Germar Rudolf; mittlerweile in den USA ansässig, Gerhoch Reisegger aus Österreich, Tomislav Sunic aus Kroatien, Claus Nordbruch aus Südafrika und Peter Wakefield Sault aus England. Sehr interessant ist die Ankündigung eines polnischen Redners: Dariusz Ratajczak. Der Historiker war kürzlich von der Universität Oppeln wegen seiner holocaustleugnenden Aussagen entlassen worden. Als „prominenter Gast“ wird mit dem Kieler Historiker Jürgen Wiegandt ein weiterer Deutscher erwähnt.

Thomas Grumke

Aktivitäten**Eine Posse vor Gericht**

Neonazis belasten politischen Gegner.

Der Kampf der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) gegen einen politischen Gegner nimmt groteske Formen an. Vor dem Aachener Landgericht kommt es nach einem erfolglosen Güutetermin zu einem Zivilverfahren gegen den Sprecher der Eschweiler Initiative „Gemeinsam gegen Neonazis“. Das VVN-BdA-Mitglied sieht sich auch Drohungen ausgesetzt. Obschon die Staatsanwaltschaft nur noch wegen Beihilfe zur Beleidigung gegen Frank T. ermittelt, hält der Vater zweier KAL-Führer seine Zivilklage aufrecht. Antifaschisten glauben, über die anwaltliche Akteneinsicht wollen die Rechten Infos über ihre Gegner sammeln.

Der Güutetermin am 16. Januar und die Zivilklage drehen sich um eine „Antifa-Kaffeefahrt“ am 17. Mai 2003. Damals hatten Antifaschisten in den Kreisen Aachen und Düren im Reisebus die Wohnungen von Neonazis aufgesucht und Nachbarn mit Flugblättern sowie Kundgebungen über die Rechten aufgeklärt. Später folgten Anzeigen gegen Unbekannt und T. wegen Beleidigung. Arnold B., Vater der Dürener KAL-Anführer Karsten und Michael, sah sich auf Flugblättern als Neonazi und NPD-Mitglied verunglimpft. Schon am Abend des 17. Mai 2003 waren aus Protest gegen die „Kaffeefahrt“ rund zwanzig KAL-Skinheads vor T.s Haus aufmarschiert. Und erst Mitte November 2003 verurteilte ein Gericht einen KAL-Hooligan zu 750 Euro Geldstrafe, da er gegen T. Morddrohungen geäußert habe (BnR 24/03, 9/03). T. hat indes gar nicht an der „Kaffeefahrt“ teilgenommen, was Zeugen bestätigen. Bei Hausdurchsuchungen hatte die Polizei – erfolglos – geprüft, ob er zumindest Urheber der Flugblätter sei.

T. sagte, die Ermittlungen seien „aufgrund falscher Beschuldigungen der Brüder B.“ zustande gekommen. Beide wollen T. bei dem Protest gesehen haben. Anzeige gegen ihn habe auch der NPD-Ratsmann Willibert Kunkel (BnR 23/03) erstattet – „aufgrund einer unfassbar unzutreffenden, mit KAL-Mann Rene L. telefonisch abgesprochenen Personenbeschreibung von mir.“ Auffällig ist, dass gegen L. und Karsten B. in anderer Sache ein Verfahren wegen Verdachts auf Falschaussagen läuft – diese sollten T. belasten. *Michael Klarmann*

Aktivitäten

Strammer Rechtskurs

Die Deutsche Partei will auch gesprächsbereit gegenüber der NPD sein.

Als „eine Alternative zu den etablierten Parteien“ versteht sich die Deutsche Partei – Die Freiheitlichen (DP), die 1993 (wieder) gegründet wurde. Sie sieht sich selbst in der Tradition der Deutschen Partei von 1866, die 1961 in der Gesamtdeutschen Partei aufging.

Seit 2002 verfolgt die Deutsche Partei das Ziel, als Sammelbecken für Angehörige rechtsextremer Organisationen und Parteien zu fungieren. Inzwischen rekrutiert sich die Partei aus einer Vielzahl ehemaliger Mitglieder der Republikaner, die den von der Parteiführung unter Rolf Schlierer verfolgten Kurs der Abgrenzung gegenüber anderen rechtsextremen Parteien nicht teilen. Auch beim Organisationsaufbau stützt sich die DP auf ehemalige REP-Funktionäre.

Verantwortlich für diesen Kurs ist der seit dem Jahr 2001 amtierende Bundesvorsitzende Heiner Kappel, ehemaliger Vorsitzender des Bundes Freier Bürger und früher hessischer FDP-Landtagsabgeordneter. Kappel tritt in rechtsextremen Kreisen auch als Autor („Nation&Europa“) und Referent („Nationales Bündnis Dresden“) in Erscheinung.

Ziel von Heiner Kappel ist die „Einheit der Rechten“, die er seit Jahren immer wieder herbeireden will. Geglückt ist ihm jedoch bislang nur die Einverleibung der DVU-Abspaltung Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP). Der Vereinigungsparteitag der beiden Parteien fand am 4. Oktober 2003 in Fulda statt.

Auf einer Bundesvorstandssitzung der DP am 12. September 2003 wurde folgendes beschlossen: „Die Deutsche Partei bewertet jedwede politische Ausgrenzung und Abwertung als inhuman, intolerant und undemokratisch. ... Deshalb ist die Deutsche Partei gegenüber jeder politischen Gruppierung – von der PDS bis zur NPD – gesprächs- und diskussionsbereit.“

Stellvertretender DP-Landesvorsitzender in Hessen ist mit Hubert Peter Fladung ein vormaliges Bundesvorstandsmitglied der Republikaner und

späterer Aktivist der Deutschen Liga für Volk und Heimat. Im baden-württembergischen DP-Landesvorstand stellen die ehemaligen REP-Funktionäre Jutta Retz, Lothar König, Hannelore Schmid, Ulrich Woyte die Leitungsscrew des Vorstandes.

DP-Landeschef in Thüringen ist Kurt Hoppe, vormals DVU-Funktionär und zeitweilig REP-Landesvize. Zum Volkstrauertag am 16. November 2003 organisierte die DP zwei Gedenkveranstaltungen „zu Ehren der Gefallenen zweier Weltkriege“ auf der Schmücke im südthüringischen Oberhof. Hoppe brandmarkte vor rund 40 anwesenden Rechtsextremisten, darunter auch DVU-Mitglieder und Neonazis, die „‘Antiwehrmachtausstellung‘ als Versuch, die Angehörigen der deutschen Wehrmacht zu kriminalisieren.“ Sie wolle „den Anschein erwecken, dass die Soldaten unehrenhaft gekämpft hätten.“ DP-Landesvorstandsmitglied Michael Burkert, ein Vertreter des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Westthüringen“ (NSAW), den der Landesverfassungsschutz zu den „führenden Neonazis des Freistaats“ zählt, schwadronierte über „die große Leistung aller Verbände der deutschen Wehrmacht bei der Verteidigung des Deutschen Reiches“. Zweiter Landesvorsitzender und Pressesprecher der thüringischen DP ist der nationale Aktivist Christian Bärthel. Bärthel trat als Redner auf der von dem Neonazi Gerd Ittner (früher NPD) organisierten Demonstration am Nikolaustag in der fränkischen Stadt Nürnberg auf. Der bayrische DP-Aktivist Willi Wiener überbrachte am 21. Juni 2003 bei einem Neonazi-Aufmarsch gegen die Wehrmachtausstellung im baden-württembergischen Schwäbisch Hall ein Grußwort.

■ Führende Neonazis im Thüringer Landesvorstand der DP ■

Auch der DP-Bundesvorsitzende Heiner Kappel zeigt offensichtlich Sympathien für Rechtsextremisten. Er ließ über seinen Vize und bayrischen DP-Landesvorsitzenden Ulrich Pätzold seine „herzlichen Grüße“ an die Teilnehmer des Pressefestes der „Deutschen Stimme“ am 12. August vergangenen Jahres im sächsischen Meerane überbringen. So ist es auch wenig verwunderlich, dass neben den Ständen wie dem der braunen Knasthilfeorganisation HNG, der antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“ und der Gemeinschaft deutscher Frauen auch ein Stand der DP beim NPD-Pressefest vor Ort war.

Anton Maegerle

Am Rande**Einzeltäterversion****Bluttat ohne politischen Hintergrund?**

Am 19. Dezember 2003 erstach Leonhardt Schmidt vor der alternativen Diskothek K2 im baden-württembergischen Heidenheim drei junge Russland-deutsche. Zuvor hatte Schmidt von der Polizei einen Platzverweis bekommen, weil er in der Diskothek, in der sich vorzugsweise linke und nicht-rechte Jugendliche treffen, Hausverbot hat. Schmidt war in Heidenheim ein bekannter Aktivist einer Neonazigruppe, die ihn nach Angaben Heidenheimer Jugendlicher regelrecht bewundert haben sollen. Schließlich kam Schmidt aus Berlin, wo er schon in seiner Schulzeit Kontakte zu Neonazis knüpfte.

Schmidt bedrohte mehrmals schwarze und ausländische Mitschüler mit einem Messer und beschimpfte Mitarbeiter einer McDonalds-Filiale als Juden. Am 3. Oktober 2003 überfiel Schmidt mit anderen Neonazis auf dem Parkplatz eines Supermarktes drei Jugendliche. Am 10. Oktober beteiligte er sich an einer Neonazidemonstration, bei der alle Teilnehmer T-Shirts mit der Aufschrift „Nationaler Widerstand“ trugen. Auch die regelmäßigen Besucher der Diskothek K2, vor der die Bluttat geschah, bekamen immer wieder Drohungen, teilweise sogar als SMS über das Handy.

Obwohl niemand Schmidts rechten Hintergrund bestreitet, hat die zuständige Staatsanwaltschaft in Ellwangen einen politischen Hintergrund der Bluttat sogleich verneint. Auch Heidenheims Oberbürgermeister Bernhard Ilg (CDU) bestritt jedes politische Motiv. „Ein Deutscher hat drei Deutsche umgebracht“, lautet seine Version. Die Einzeltäterversion wird auch noch aufrechterhalten, als sich herausstellte, dass Schmidt zunächst mit Hilfe seiner rechten Freunde untertauchen konnte und sich erst später mit einem Anwalt der Polizei stellte. Jetzt wird auch befürchtet, dass die drei Opfer von Schmidt auch keinen Eingang in die Statistik des Bundesinnenministeriums über rechte Gewalt finden werden. Schon häufiger gab es Streit über die Kriterien. So zählte die Statistik von 1990 bis 2000 26 Todesopfer rechtsextremer Gewalt. Eine Recherche von „Frankfurter Rundschau“ und „Tagesspiegel“ ergab für den gleichen Zeitraum mindestens 93 Opfer rechter Gewalt. *Peter Nowak*

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Nation&Europa“ (NE), 54. Jahrg., Heft 1/2004: Die fast ausschließliche Befassung mit jüdischen Themen in NE beginnt monomanische Züge anzunehmen. Auf der Titelseite sind der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, der Zentralratsvorsitzende der Juden Paul Spiegel und Bundespräsident Johannes Rau, jeweils mit Kippa bekleidet, abgebildet mit der Unterzeile „Allmählich reicht es“. Darüber ist das Zitat aus der Heitmeyer-Studie „Fast 70% der Deutschen sind darüber verärgert, dass ihnen auch heute noch die NS-Verbrechen an den Juden vorgehalten werden“, platziert. Dies ist auch Tenor des Leitkommentars von Harald Neubauer, der den Umgang Polens mit seiner Vergangenheit mit dem der Deutschen vergleicht. Antideutsche Töne macht er auch bei der polnischen Boulevardzeitung „Fakt“ (Springer-Verlag) aus. Aus der undifferenzierten Forsastudie des „Stern“ wird ausführlich zitiert, dabei wird auf „philosemitische Dummheiten“ hingewiesen, wenn etwa zu Unrecht als Antisemit eingestuft wird, wer von Juden als Volk spricht. Der in der vorherigen Ausgabe nur kurz bedachte Vorgang um den Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann findet mehrfach knappe Erwähnung im Zusammenhang mit Antisemitismus (als den ihn die Redaktion wohl rubrifiziert). Als Patriot sei Hohmann in der falschen Partei; alsdann geschieht ihm die Ehre mit dem, aus seiner Zeit verständlich, antisemitisch argumentierenden Martin Luther in eins gesetzt zu werden. Es könne ihm auch nicht angekreidet werden, dass er mit dem Antisemiten Henry Ford geworben habe. Der sei von Adolf Hitler hoch dekoriert worden und tauche doch in der Jubiläumswerbung des Autokonzerns auf. Breiten Raum erhalten Stimmen zur Debatte um Hohmann, Leser Paul Ulrich beklagt, dass nicht dieser für seine Zivilcourage, sondern ein Herr Bohlen zum Mann des Jahres gekürt wurde. Franz Schönhuber empfiehlt, bei den 14 Wahlen dieses Jahres durch Wahlenthaltung den Parteien das Missfallen zu bekunden, in Sonderheit bei der Europawahl gegen die Osterweiterung. Er spricht sich mit Hinweis auf das von den europäisch geprägten Rändern sich abhebende mentale und religiöse Zentrum im Osten gegen den EU-Beitritt der Türkei aus. Sein Missbehagen gilt dem Weg der FPÖ und der italienischen Alleanza Nazionale zur Mitte, dabei komme es zu „würdelosen Kniefällen vor Israel“ beziehungsweise der „Wüstenreligion“. *(khr)*

Bücherschau**Vorurteile beseitigen****Lebendiges Judentum in Deutschland**

Die Frage „Was ist koscher?“ wählte Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, für den Titel seines jüngsten Buches über „Jüdischen Glauben – jüdisches Leben“. Offensichtlich meint Spiegel, mit der Beantwortung solcher und anderer Fragen Wissenslücken bei großen Teilen der Bevölkerung schließen zu müssen. Man kann dem kaum widersprechen, zumal sich auch unter den hier lebenden Juden die Kenntnis der nicht weniger als 613 Ge- und Verbote der Thora in Grenzen hält. Namentlich die Zuwanderer aus den GUS-Staaten oder die in der DDR ohne Thora-Studium aufgewachsenen Juden haben einen erheblichen Nachholbedarf und -wunsch.

Was Spiegels Buch von der umfangreichen Literatur zu diesem Thema unterscheidet, ist nicht die Vollständigkeit. Auch er muss sich auf die wesentlichen Begriffe – vom Versuch einer Klärung, wer denn Jude ist, über Beschneidung, Bar Mitzwah und Kippa bis Kaschrut, Schächten und Informationen über das jüdische Jahr und Feiertage wie Rosch haSchana – beschränken. Denn 17 Seiten sind allein für die Beantwortung der Frage erforderlich, was der Schabbat ist und was Juden an diesem für sie wichtigsten Tage der Woche dürfen und nicht dürfen. Der Autor sagt, dass sich sein Buch „als ein Einstieg in die jüdische Welt und nicht etwa als lexikalisches Handbuch oder als ultimatives Kompendium zum Judentum“ versteht, dass es eine Brücke sein solle zu all jener Literatur, die weiterführt. Sein besonderer Wert besteht in der Popularität, in der Gefälligkeit der Darstellung, in der Verständlichkeit. Da fehlt es bei allem Bemühen um wissenschaftliche und religiöse Seriosität nicht an Humor, auch nicht an jüdischen Witzen und heiterer Selbstkritik.

Das wesentliche Anliegen ist der Beitrag, den es zu einem selbstverständlichen Miteinander von Juden und Nichtjuden leisten will. Vor dem, was man kennt, verliert man die Angst. Deshalb ist die Beseitigung der Klischees über Juden in den Köpfen Kampf gegen Antisemitismus. „Nicht jeder Jude spricht Jiddisch, nicht jeder Jude isst Gefüllte Fisch, nicht jeder Jude ist reich und nicht jeder Jude hört Tag und Nacht Klezmer-Musik, nicht einmal das!“

Die meisten Kapitel haben einen deutlichen aktuell-politischen Akzent: So wird die Frage „Muss man die Juden mögen?“ nicht nur historisch mit der Geschichte des Antijudaismus der christlichen Kirche beantwortet, sondern sehr konkret mit den Ausfällen Möllemanns und anderer gegen Friedman. Natürlich könne jeder sagen, er mag Friedman als Moderator nicht, weil er zu arrogant und aggressiv ist. Zum Antisemitismus werde die Aussage, wenn es heißt: „Ich mag Michel Friedman als Moderator nicht, weil er typisch jüdisch ist.“ Das sei diskriminierend, und die Juden hätten das Recht, auf diese Vorurteile sehr allergisch zu reagieren, seien doch vor noch nicht 60 Jahren Millionen Juden auf Grund solcher Vorurteile umgebracht worden.

Hilfreich ist die Auseinandersetzung mit dem Antizionismus als aktueller Hauptform des Antisemitismus. Zu DDR-Zeiten wurde Antisemitismus offiziell abgelehnt, aber der Zionismus als „imperialistische Ideologie“ und Israel als „zionistischer Staat“ angeprangert. Verwirrung in dieser Frage herrscht bei vielen, die sich mit der Nahost-Situation befassen, noch heute. Die Politik Israels oder seiner Regierung abzulehnen, ist jedermanns Recht. „Doch sowie sich die Kritik an Israel entzündet, weil es der 'jüdische' Staat ist, entwertet sich die Kritik nicht nur selbst, sie ist gefährlich und ebenso rassistisch und judenfeindlich wie alles, was wir bereits aus der Geschichte kennen.“

Immer wieder werde den in Deutschland lebenden Juden die Frage gestellt, warum sie das Land nicht verlassen, leitet Spiegel das letzte Kapitel ein, wie heute jüdisches Leben hier aussieht. Die heutige jüdische Gemeinschaft existiere nun bereits in der dritten Generation und sei durch den Zustrom sowjetischer Juden in der 90er Jahren zur drittgrößten Westeuropas geworden. Man führe ein normales Leben, sei gefangen in den Alltagssorgen, habe Familien und Freunde, gehe Berufen nach und sei froh, in einem demokratischen Staat zu leben. Aber der Bruch, die Zerstörung der jahrtausendealten Gemeinschaften habe ein menschliches, geistiges und religiöses Vakuum hinterlassen, das nur schwer in wenigen Generationen zu füllen sein wird. Es bedürfe noch großer Aufbauarbeit von vielen Jahrzehnten und etlicher Generationen, bis „wir vielleicht an einem Punkt sind, wo wir sagen können: In Deutschland gibt es wieder eine blühende, lebendige jüdische Gemeinschaft“. **Ralf Bachmann Paul Spiegel, Was ist koscher? Jüdischer Glaube – jüdisches Leben, Ullstein Verlag, München 2003, 250 Seiten, 14,95 Euro.**

Bücherschau**Verfolgte und Helfer**

Es ist schon erstaunlich: Auch fast 60 Jahre nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes geraten Ereignisse aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 ins Blickfeld der Öffentlichkeit, die lange weitgehend unbeachtet geblieben sind. Dass im durch und durch antisemitischen Nazi-Deutschland nach den Pogromen vom 9. November 1938 und den Nürnberger Gesetzen mehrere tausend jüdische Menschen in unterschiedlichsten Verstecken überleben konnten, gehört zu diesen jahrzehntelang ignorierten historischen Fakten.

Professor Wolfgang Benz und seinen Mitarbeitern vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin ist es zu verdanken, dass mittlerweile mehr Klarheit über die unterschiedlichen, aber immer gefährlichen Wege des Überlebens für Juden im damaligen Deutschland sowie über ihre Helfer besteht. Seit 1997 forschten Mitarbeiter am Zentrum für Antisemitismusforschung innerhalb des Projektes „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“. Die Quintessenz ihrer Arbeitsergebnisse ist jetzt einer breiteren Öffentlichkeit in Gestalt eines außerordentlich lesenswerten Buches zugänglich: „Überleben im Dritten Reich – Juden im Untergrund und ihre Helfer“ spiegelt in 20 Einzelbeiträgen wider, wie vielfältig sich die Unterstützung von Nicht-Juden für Juden in der damaligen bedrängten Situation gestaltete, aber auch wie unterschiedlich die Motive für Hilfeleistungen waren.

Zunächst einmal gilt es – und Wolfgang Benz macht es gleich in seinem einleitenden Buchbeitrag –, die Relationen wahrzunehmen: Von zwischen 10 000 und 15 000 im nationalsozialistischen Deutschland untergetauchten Juden überlebten nach heutigem Kenntnisstand 3000 bis 5000. Eine kleine Zahl angesichts der sechs Millionen ermordeten jüdischen Menschen in Europa. Aber auch eine große Zahl, denn es handelt sich um 3000 bis 5000 Einzelschicksale, um Menschen, die dank ihres verzweifelten Mutes, des Engagements unterschiedlicher Helfer und oft auch durch ein zusätzliches Quäntchen Glück überleben konnten.

Wie zum Beispiel die drei jüdischen Frauen Gerda Gottschalk, Ellen Laumann und Ida Levithan, die dank der Hilfe einer couragierten Familie und

mehrerer anderer Helfer vor der Rückkehr ins KZ Stutthof und damit dem sicheren Tod bewahrt wurden. Oder die zum Katholizismus konvertierte Jüdin Annie Kraus, die nach der Aufforderung, sich für einen Transport „in den Osten“ zu melden, im Januar 1942 untertauchte und mit Hilfe vor allem von Unterstützern aus dem katholischen Milieu drei Jahre lang in der Illegalität überleben konnte. Die Autoren geben diesen und zahlreichen anderen Schicksalen einen angemessenen Raum in ihren zumeist chronologischen Schilderungen. Dabei vermittelt sich in allen Beiträgen, wie verschachtelt oftmals die Helfernetze waren und wie kompliziert die Fluchtwege der bedrängten Menschen verliefen.

Benz und seine Mitarbeiter lassen die Leser an keiner Stelle des Bandes im Unklaren, dass die nicht-jüdischen Helfer keineswegs immer aus altruistischen Motiven handelten: Mancher ließ sich üppig für ein Versteck, Lebensmittelkarten, falsche Papiere oder auch für bloßes Schweigen gegenüber der Gestapo bezahlen. Andere Unterstützer etwa aus dem Umfeld der Bekennenden Kirche sahen sich genötigt, ihre „Schützlinge“ massiver Missionierung auszusetzen. Doch es gab auch uneigennützig agierende Helfer. Etwa den Berliner Hauswart Otto Jogmin, der in zwei Charlottenburger Wohnhäusern eine unbekannte Zahl an jüdischen Familien und Einzelpersonen verbarg und sie mit Lebensmitteln versorgte. Oder das Ehepaar Donata und Eberhard Helmrich, das bis zu 300 Juden vor Verfolgung und Tod rettete. Oder die Gruppe „Onkel Emil“, der „Solf-Kreis“ und viele andere mehr.

Bei der Präsentation des Buches im Jüdischen Museum Berlin erklärte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse im Dezember, dass es sich um eine Publikation „mit sehr menschlichem Maß“ handle, da hier die Versteckten wie ihre Helfer ein Gesicht erhielten. Thierse nannte auch einen plausiblen, denkbaren Grund für das geringe Interesse an dem Thema in den Jahren nach 1945: Offenbar habe die Mehrheitsgesellschaft damals nicht wissen wollen, dass Hilfe für die verfolgten Juden möglich war. „Sonst wäre vielleicht deutlich geworden, dass die allgemein reklamierte Ohnmacht eine Legende war.“ Der Buchherausgeber und Mitautor Wolfgang Benz stellte bei der Veranstaltung allerdings auch klar, dass bei aller Bedeutung der Helfer der eigentliche Mut bei den Juden lag, die in ihren wechselnden Verstecken – sehr berechnete – Ängste ausstehen mussten.

Gudrun Giese

Wolfgang Benz (Hg.), Überleben im Dritten Reich, Verlag C.H. Beck, München 2003, 349 S., 24,90 Euro.

NS-Vergangenheit

Leidenswege

Das heutige Landeskrankenhaus Wehnen war während der Nazi-Zeit ein Tatort der Euthanasie.

Mit einer Gedenkstätte auf dem Gelände des Landeskrankenhauses Wehnen wird voraussichtlich in diesem Frühjahr ein großer Wunsch des 1999 gegründeten Gedenkkreises Wehnen e.V. in Erfüllung gehen. In ihm sind Angehörige von Opfern der NS-Euthanasie in der ehemaligen „Heil- und Pflegeanstalt“ organisiert. Im jetzigen Landeskrankenhaus Wehnen im Landkreis Ammerland, nur einen Steinwurf von der Stadtgrenze zu Oldenburg entfernt, wurden während der Nazi-Zeit – allerdings auch kurz vor und nach ihr – mehr als 1500 Menschen als „unnütze Esser“, als „Lebensunwerte“ umgebracht. Man ließ sie verhungern, verabreichte ihnen tödliche Medikamente oder nahm todbringende Infektionen in Kauf.

Viele Jahre später soll eine Gedenkstätte im ehemaligen Kühlraum für die Aufbewahrung und Obduktion von Leichen nicht nur über die NS-Euthanasie im Oldenburger Land, sondern auch über die Erbgesundheitspolitik und die Katastrophenmedizin im Zweiten Weltkrieg informieren. Während einer Feierstunde stellte die Museumspädagogin Susanne Schlechter das Konzept vor, während Sven Kranich die architektonische Seite beleuchtete.

Der Naturwissenschaftler und Historiker Ingo Harms hatte 1996 in seinem Buch „Wat mööt wi hier smachten...“ die Geschichte der „Heil- und Pflegeanstalt Wehnen“ dargestellt. Durch diese Dissertation wurde das Geheimnis gelüftet, das die Einrichtung jahrzehntelang umgeben hatte.

Von 1935 bis 1945 herrschte in Wehnen eine unvorstellbare räumliche Enge, ausgelöst durch eine völlige Überbelegung. Nur wenige Pflegekräfte und Ärzte wurden beschäftigt. Allein deshalb war klar, dass viele Patienten ihren dortigen Aufenthalt nicht überleben würden. In zahlreichen anderen Fällen wurde „nachgeholfen“. Dabei entwickelte sich der Hungertod immer mehr zu einer grausamen „Spezialität“ der Anstalts-Verantwortlichen. Patienten, die noch arbeitsfähig waren, bekamen andere, höhere Rationen zugewiesen als die Mit-

patienten. Wehnens Verwaltungsoberinspektor Heinrich Siems, nach dem Ende der Nazi-Zeit Hauptverwaltungsbeamter im Gesundheitsbereich, war merklich stolz auf diese Methode. In einem Brief an die Kreisbauernschaft Ammerland vom 5. Oktober 1942 rühmte er sich: „Viele 1000 Kilogramm Fleisch, Fette, Butter, Zucker sowie viele 10 000 Stück Eier habe ich weniger verbraucht, als ich dies nach den Bestimmungen ... hätte tun dürfen.“

Nach dem Krieg wurde über das Euthanasie-Kapitel in Wehnen der Mantel des Schweigens gehüllt und die Vergangenheit nach Kräften verdrängt. Das hat Ingo Harms erfahren. Beispielsweise konnten die leitenden Beamten des Landesfürsorgeverbandes (LFV) als der zuständigen Gesundheitsbehörde schnell wieder Karriere machen. Der eine wurde Oberstadtdirektor in Oldenburg, der zweite Oberkreisdirektor im Landkreis Oldenburg, und der dritte LFV-Chef stieg zum Vizepräsidenten des Regierungsbezirks Oldenburg auf. Bei seinen Recherchen von 1993 bis 1996 musste Harms viele Widerstände überwinden. Unter anderem verschwanden im Gesundheitsamt Oldenburg Akten, als Harms mit ausdrücklicher Rückendeckung der niedersächsischen Landesregierung in Wehnen zu forschen begonnen hatte.

Für die künftige Gedenkstätte hatte sich auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Kossendey aus Edewecht stark gemacht. Er erinnerte daran, dass es früher das geflügelte Wort „Du gehörst nach Wehnen“ gegeben hatte. Es sollte in ironischer Weise ausdrücken, dass der Angesprochene ein Kandidat für die Psychiatrie sei. In der Nazi-Zeit bekam diese saloppe Äußerung jedoch eine andere Bedeutung; wer in Wehnen landete, wurde zum Todeskandidaten. Nach Auffassung des Politikers müsse man den Menschen heute zurufen: „Wir gehören alle nach Wehnen!“ Denn die Gedenkstätte mache die Leidenswege der Patienten unter den Übergriffen der Ärzte, Pfleger und Beamten deutlich. „Sie führt uns vor, was der Mensch dem Menschen antun kann“, so Kossendey. Diese Lektion gehe jeden an.

Ähnlich äußerte sich auch Karl-Heinz Meyer, der Vorsitzende des Förderkreises für das Landeskrankenhaus Wehnen. Seine Hoffnung: „Die Gedenkstätte möge über den Ort der Ehrung und des Andenkens hinaus geeignet sein, Menschen – vor allem auch jungen Leuten – zu helfen, zwischen gut und böse zu unterscheiden.“

Thomas Klaus

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Die Verantwortlichen des rechtsextremen „Deutschen Kollegs“ Horst Mahler, Reinhold Oberlercher und Uwe Meenen müssen sich wegen Volksverhetzung vor dem Berliner Landgericht (Horst Mahler: „Handlanger der Judäo-Amerikanischen Fremdherrschaft in der Verkleidung als ‘Richter’ der OMF-BRD“) verantworten. Verhandlungstermine finden vor der 22. Großen Strafkammer am 6., 11. und 18. Februar statt. Das „Deutsche Kolleg“ hatte auf seiner Internetseite vom 15. Oktober 2000 unter anderem ein „Verbot von Ausländerorganisationen in Deutschland“ und die „Entlastung der deutschen Volksschule von Hilfs- und Fremdschülern, um sie der deutschen Kultur zurückzugeben“, gefordert. Verhandelt wird auch über eine Mahler-Aussage in seinem Schriftsatz zum Verbotsverfahren der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht. Darin heißt es: „Der Hass auf die Juden stellt sich als etwas ‘ganz Normales’ heraus. Ja, er ist geradezu das untrügliche Zeichen eines intakten spirituellen Immunsystems, also von geistiger Gesundheit – eine Gesundheit, die Juden- zu Recht – fürchten.“ Laut Mahler müssen sich die am Prozess beteiligten Juristen „demnächst vor Gerichten des Deutschen Reiches“ verantworten, wie er in einer „Bekanntmachung“ vom 9. Januar ankündigte.

■ **Berlin** – Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) ist als Forum offenkundig attraktiv für Rechtsextremisten aller Schattierungen. Anzeigen geschaltet haben in der JF in letzter Zeit unter anderem das von Werner Symanek geleitete Unternehmen VAWS aus Duisburg, das Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zufolge „auf kultureller Ebene für rechtsextremistische Auffassungen wirbt“, die rechtsextremen Parteien Republikaner sowie Ab jetzt – Bündnis für Deutschland (Siegburg) und das neurechte „Junge Forum“. Vertreten waren in der JF ebenso die antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“ sowie die neonazistische „Mitteldeutsche Jugendzeitung“ aus Wolgast.

■ **Berchtesgaden** – Nach der überraschenden Insolvenz der Medien-Marketing-Team GmbH (MTM; Bad Soden Salmünster), einem „Versandhandel für Militaria, Zeitgeschichte und Politik“, wird die extrem rechte Zweimonatsschrift „Deutsche Militärzeitschrift“ (DMZ) von dem neu ge-

gründeten Verlag Deutsche Militärzeitschrift im bayrischen Berchtesgaden herausgegeben. Chefredakteur ist der Österreicher Josef Gruber aus Salzburg. Gruber unterhält enge Verbindungen zum rechtsextremen Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen. Mehrfach war er selbst zur Leitung von Bauarbeiten im russischen Trakehnen vor Ort. Autoren der aktuellen DMZ-Ausgabe sind unter anderem Hans-Joachim von Leesen (Stammbautor der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“), der Militärgeschichtler Franz Seidler (Referent bei den Deutschen Konservativen) und Alfred Schickel (Vorsitzender der geschichtsrevisionistischen Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt). Die Aktivitäten von MTM führt nun das Unternehmen Lesen & Schenken des Kieler Rechtsextremisten Dietmar Munier fort (Arndt Verlag).

■ **Bochum** – Neonazis aus dem Ruhrgebiet organisieren für den 13. März eine Demonstration in Bochum. Unter dem Motto „Stoppt den Synagogenbau – 4 Millionen für’s Volk!“ wollen sie ihre Kameraden gegen den in Bochum geplanten Neubau eines jüdischen Gotteshauses auf die Straße bringen. Veranstalter des Aufmarschs, für den zunächst auf der Internetseite des „Wattenscheider Widerstands“ geworben wurde, ist der NPD-Landesverband mit Unterstützung „freier Kräfte aus NRW“. Inzwischen wurde für die Demonstration im Internet eine eigene Homepage eingerichtet. Angemeldet ist sie auf den Namen von Mathias Rochow. Er ist stellvertretender Vorsitzender der NPD in Borken und Bruder des JN-Bundesvorsitzenden Stefan Rochow.

■ **Dresden** – Am 14. Februar findet in Dresden der Trauermarsch der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) zur „Erinnerung an die Opfer des alliierten Bombenterrors“ statt. Als Redner ist der Hamburger Rechtsextremist Jürgen Rieger angekündigt. Die musikalische Umrahmung gestaltet der braune Barde Frank Renniecke, der am Abend auch auf einer Saalveranstaltung des „Nationalen Bündnis Dresden“ aufspielen wird.

■ **Dresden** – Der Landesverband Sachsen der NPD hat seine Kandidaten zur Landtagswahl am 19. September 2004 aufgestellt: Holger Apfel (Dresden), Winfried Petzold (Leipzig), Johannes Müller (Sebnitz), Gitta Schüßler (Niederfrohna), Klaus Beier (Annaberg), Mirko Schmidt (Meißen), Alexander Delle (Riesa), Uwe Leichsenring (Königstein), Klaus Menzel (Niesky), Jürgen Schön (Leipzig), Matthias Paul (Radebeul), Jürgen Gansel

(Riesa), Rene Despag (Dresden), Peter Klose (Zwickau), Jürgen Krumpholz (Görlitz).

■ **Fretterode** – Der knasterfahrene Neonazi Thorsten Heise aus Fretterode ist Landtagskandidat für die thüringische NPD. Er wurde beim Landesparteitag in Jena auf Platz 3 der Landesliste für die Wahl am 13. Juni bestimmt. Heise war früher FAP-Landesvorsitzender in Niedersachsen und ist heute Anführer der neonazistischen Kameradschaft Northeim.

■ **Hamburg** – Bei der am 29. Februar stattfindenden Bürgerschaftswahl in Hamburg will der rechtsextreme Verein Die Deutschen Konservativen (DK) von Joachim Siegerist den amtierenden Bürgermeister Ole von Beust unterstützen. Dazu wurden nach Eigenbekunden der DK die Hamburger Liftfaß-Säulen für die Dauer von 14 Tagen angemietet. Dort sollen Plakate mit der Aufschrift „Keine Stimme verschenken – Ole braucht 50,1%“ geklebt werden. Bei der letzten Bürgerschaftswahl hatten die DK noch die Schill-Partei unterstützt. Roland Schill ist zwischenzeitlich jedoch bei Siegerist in Ungnaden gefallen: „Der Mann hat einfach keine Manieren und ist unberechenbar, obendrein faul wie die Sünde.“ Um ihren Status als „unabhängige Wählerversammlung“ weiterhin aufrechtzuerhalten, müssen die Deutschen Konservativen bei den gleichzeitig in der Hansestadt stattfindenden Bezirkswahlen selbst mit einer Liste im Bezirk Wandsbek antreten.

■ **Hoyerswerda** – Einer Meldung der Nachrichtenagentur dpa zufolge hat die Polizei am 15. Januar bei einer Durchsuchungsaktion in der rechtsextremen Szene ein umfangreiches Waffenarsenal sowie einen Computer und Datenträger sichergestellt. Gefunden worden seien unter anderem auch 500 Gramm Plastiksprengstoff mit Zündschnur, 2500 Stück Munition, Munitionsmagazine, Übungsgranaten und vier aus Tschechien eingeführte Waffen. Durchsucht wurden mehrere Wohnungen und eine Gaststätte in Hoyerswerda sowie Objekte in Ludwigsburg (Baden-Württemberg) und in Groschraschen (Brandenburg).

■ **Magdeburg** – Der frühere Merseburger Wafenhändler Harald Bornschein und der gelernte Elektrotechniker Frank Kerkhoff, früher Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, haben im Kosovo eine Firma gegründet. Kerkhoff, ehemals NPD-Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt, und das Ex-NPD-Landesvorstandsmitglied

Bornschein bieten über ihr Büro in Magdeburg Leistungen in den Bereichen Transport, Telekommunikation, Umwelt, Industriedienstleistungen, Tourismus sowie auch „rund um die Jagd“ an. Ihre Firma Albacon offeriert nach Eigenangaben „Dienstleistungen rund um den Balkan – wie kein anderes Unternehmen ... Wir sind ein Unternehmen, das selbständig, oder im Auftrag anderer, Unternehmen akquiriert, modernisiert und leitet.“ Angaben von Volker Limburg, Chef des Verfassungsschutzes Sachsen-Anhalt, beobachtete man diese Entwicklung und mögliche Rückverbindungen in die Bundesrepublik „äußerst aufmerksam“. Kerkhoff machte zuletzt mit seinen Aktivitäten beim antisemitischen „Deutschen Kolleg“ auf sich aufmerksam. Er gilt als Ideologe der rechtsextremen Vereinigung „Reichsdeutsche in Preußisch Börnecke“. Deren Ziel ist die „Organisation des Deutschen Reiches und die Abwicklung der BRD gemäß Artikel 146 GG“, da die „BRD kein Staat“, sondern nur die „Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft“ darstelle. Angestrebt wird „ein freies und unabhängiges Deutschland mit dem Namen 'Deutsches Reich', in dem die Wirtschaft wieder dem Volke dient und die ausländischen Eroberer rausgeworfen und ihre inländischen Türöffner ins Gefängnis geworfen werden.“ Die „Reichsdeutschen“ rufen zum „Aufstand des Deutschen Volkes“ auf, um „die Besatzungsmacht abzuschütteln!“.

■ **Mannheim** – Das Amtsgericht Mannheim sprach am 17. Dezember Kevin Russell vom Vorwurf der Körperverletzung und Nötigung frei. Der Sänger der umstrittenen Band „Böhse Onkelz“ war beschuldigt worden, beim Konzert in Mannheim im Mai 2002 einen 16-jährigen Arbeitslosen geschlagen und misshandelt (BnR 13/02) zu haben. Der Jugendliche hatte vor dem Konzertort Unterschriften für die NPD gesammelt. Ordner sollen ihn hinter die Bühne geschleppt haben, wo er dann von einem Musiker der Gruppe auf den Kopf geschlagen und misshandelt worden sein will. Nach Meinung von Staatsanwaltschaft und Gericht war an der Sache jedoch nichts dran, sodass ein Freispruch für den 39-jährigen Musiker erfolgte.

■ **Mosbach (Kreis Eisenach)** – Der 1994 gegründete rechtsextreme Theoriezirkel „Deutsches Kolleg“ veranstaltet am 27. und 28. März eine Schulung zum Thema „System der Sozialwissenschaften“. Mit „reichstreuen Grüßen“ mobilisieren die drei Macher Horst Mahler, Reinhold Oberlercher und Uwe Meenen ins thüringische Mosbach nahe der Wartburg.

■ **Stuttgart** – In Baden-Württemberg hat die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten weiter zugenommen. Das Landesamt für Verfassungsschutz geht von deutlich über 800 Neonazis im Ländle aus. Meist handele es sich um Skinheads. Die rechtsextremen Parteien hätten weiter an Bedeutung verloren. Nach den Wahlschläppen der vergangenen Jahre seien die Mitgliederzahlen bei NPD und den Republikanern zurückgegangen.

Ausland

■ **Dänemark (Hilleröd)** – Der dem skandinavischen „Blood&Honour“-Netzwerk nahe stehende Versand „Celtic Moon“ mit Adresse im dänischen Hilleröd hat Ende des vergangenen Jahres seinen Betrieb eingestellt. Von T-Shirts mit Hakenkreuz über Fahnen mit SS-Emblem bis hin zu indizierten CDs bot „Celtic Moon“ beinahe so ziemlich alles an, was in Deutschland offiziell nicht erhältlich ist. Die Quellen für illegale Ware versiegen mit der Schließung dieses Versandes allerdings nicht. Anbieter unter anderem aus den USA dürften an seine Stelle treten. Die „Celtic Moon“-Betreiber ließen verbreiten, dass sie sich nicht aus der „politischen Arbeit“ zurückziehen werden: „Wir haben uns immer als Politische Soldaten gesehen und dem entsprechend handeln wir auch!“ Die „ganze ‚Firma‘“ habe aber „zu viel von unserer Energie und Zeit in Anspruch genommen“.

■ **Frankreich (Morhange)** – Im französischen Morhange (Lothringen) hat es kurz vor Weihnachten eines der größten Skinhead-Konzerte des vergangenen Jahres gegeben. Rund 1500 Neonazis kamen in die Kleinstadt bei Nancy. Das Konzert war in der Szene zunächst als Veranstaltung im südwestdeutschen Raum angekündigt. Um einem Verbot zu entgehen wurde es aber kurzer Hand hinter die französische Grenze verlegt. Der Andrang war offenbar so stark, dass sich am Haupt-Treffpunkt, einem Autobahnparkplatz, ein Rückstau bis auf die Fahrbahn bildete. Das Konzert war straff organisiert: In der Halle herrschte Handy-, Foto- und Rauchverbot. Neben der Stuttgarter Band „Noie Werte“, spielten „Act of Violence“, die schwäbische Combo „White Voice“ und die beiden US-amerikanischen Gruppen „Bully Boys“ und „Midtown Bootboys“.

■ **USA (Potosi, Missouri)** – Ein Teilstück des Highways 21 nahe der Stadt Potosi, Missouri, hat sich zu einem kontroversen Stück Straße entwickelt: die Knights of the Ku Klux Klan haben diesen Ab-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
 PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8
 Heft 02/2004 Abo 401917
 Antifaschistisches Pressearchiv und
 Lausitzer Str. 10
 10999 BERLIN

schnitt im Rahmen des „Adopt-A-Highway“-Programms adoptiert. Das Straßenverkehrsamt des Staates Missouri genehmigte die Bewerbung der rassistischen Gruppe vor einigen Wochen und brachte bereits Schilder mit der Aufschrift: „Die nächste Meile dieses Highways wurde von den Knights of the Ku Klux Klan Missouri adoptiert und die halten ihn für sie sauber“. Gegen die ursprüngliche Ablehnung war der Klan erfolgreich vor Gericht gezogen. Bislang ist nach Aussagen der Anlieger allerdings noch niemand der Klansmänner aufgetaucht und ein Schild wurde bereits gestohlen. Einige Anwohner von Potosi haben bereits angekündigt, diesen Straßenabschnitt absichtlich zu verschmutzen.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
 Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
 Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
 Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
 Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.